ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Groll, Dominik

Article

Gesamtwirtschaftliche Folgen der geplanten Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung

IfW-Box, No. 2018.9

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Groll, Dominik (2018) : Gesamtwirtschaftliche Folgen der geplanten Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung, IfW-Box, No. 2018.9, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/201168

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IfW-Box 2018.9

Gesamtwirtschaftliche Folgen der geplanten Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung

Dominik Groll

Laut Entwurf des Gesetzes zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), der vom Bundeskabinett kürzlich beschlossen wurde, sollen ab 1. Januar 2019 die Krankenkassenbeiträge wieder paritätisch (d.h. je zur Hälfte) durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden. Da die Beiträge zu den Sozialversicherungen einen großen Bestandteil des Abgabenkeils zwischen den Nettolöhnen der Arbeitnehmer und den Lohnkosten der Arbeitgeber darstellen, ist mit Effekten auf Beschäftigung, Produktion, aber auch auf die Lohnentwicklung zu rechnen. Um die gesamtwirtschaftlichen Folgen abzuschätzen, verwenden wir im Folgenden das in der Deutschen Bundesbank entwickelte, makroökonomische Simulationsmodell GEAR, ein für Deutschland geschätztes großes DSGE-Modell (Gadatsch et al. 2016).

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Rückkehr zur Parität in der GKV im Jahr 2019 leicht dämpfend auf Produktion und Beschäftigung wirkt. Da Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Reaktion auf die Maßnahme allerdings nach und nach niedrigere Lohnabschlüsse vereinbaren, steigen Produktion und Beschäftigung ab dem Jahr 2020 wieder an. Nach Ende der gesamtwirtschaftlichen Anpassung liegen Produktion und Beschäftigung minimal über ihrem Ausgangsniveau, während der Bruttolohn je Arbeitnehmer ein niedrigeres Niveau erreicht. Ob die Rückkehr zur Parität langfristig positive Effekte hat, hängt allerdings entscheidend davon ab, wie der Staat die Mindereinnahmen aufgrund der gesunkenen Lohnsumme gegenfinanziert. Im Folgenden werden die Modellergebnisse detaillierter erläutert.

Das Simulationsmodell GEAR beinhaltet mit Deutschland, dem übrigen Euroraum und dem Rest der Welt insgesamt drei Regionen (Germany, Euro Area, Rest of the World). Während sich Deutschland und der übrige Euroraum durch eine detaillierte und mikrofundierte Modellierung auszeichnen, wird der Rest der Welt vereinfachend als VAR-Prozess mit drei Variablen modelliert. Das Modell enthält einen vergleichsweise detaillierten Fiskalsektor. Auf der Ausgabenseite wird unterschieden zwischen öffentlichen Investitionen, Konsumausgaben, Transfers inkl. Arbeitslosenunterstützung, Lohnkosten für Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie Zinszahlungen auf die ausstehende Staatsschuld. Die Staatseinnahmen speisen sich aus Lohnsteuern inkl. Arbeitnehmerbeiträgen, Arbeitgeberbeiträgen, Zinsertragsteuern, Konsumsteuern sowie Kopfsteuern. Der Bruttolohn je Arbeitnehmer wird von den Gewerkschaften so gesetzt, dass das langfristige Nettoeinkommen der Arbeitnehmer maximiert wird, wobei sie die Auswirkungen der Lohnsetzung auf Arbeitsnachfrage und -angebot internalisieren. Die gewinnmaximierenden Unternehmen nehmen die Lohnkosten je Arbeitnehmer als gegeben hin und passen ihre Arbeitsnachfrage daran an. Die Parameterwerte des Modells wurden aus Gadatsch et al. (2016) übernommen; diese sind größtenteils geschätzt mit Quartalsdaten von 1999Q1 bis 2013Q4. Der Zeithorizont der hier vorgestellten Simulation entspricht dem gängigen mittelfristigen Projektionshorizont von 5 Jahren.

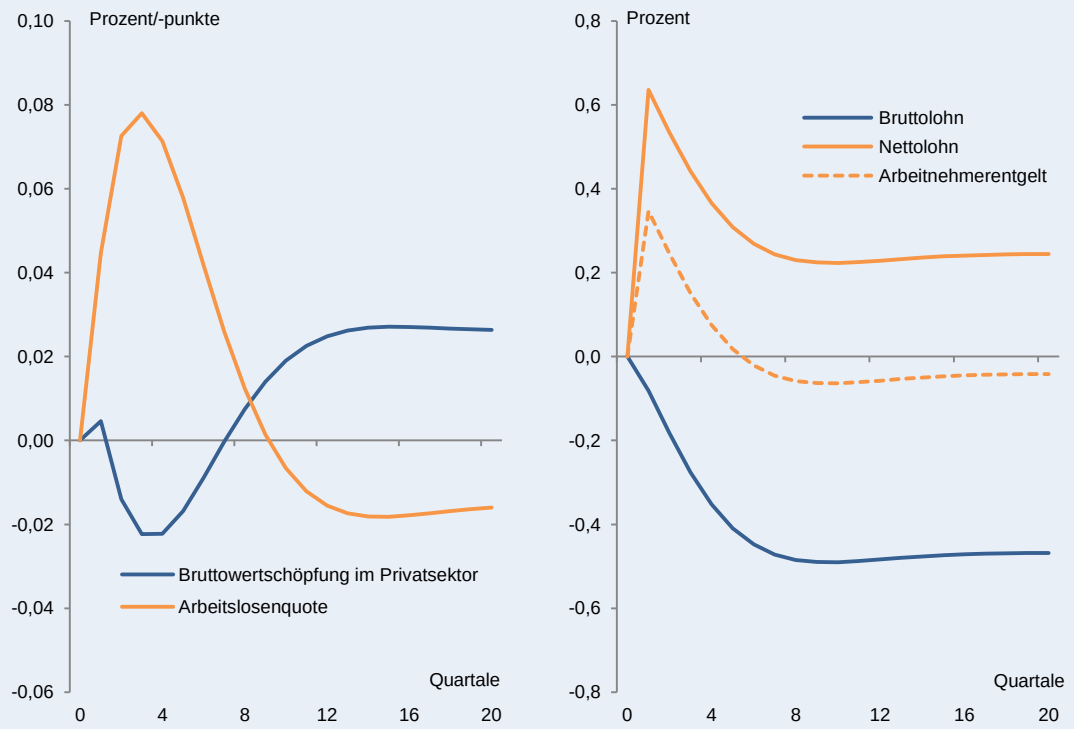
Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der GKV führt dazu, dass der Arbeitnehmerbeitrag um 0,5 Prozentpunkte sinkt, während der Arbeitgeberbeitrag um 0,5 Prozentpunkte steigt. Der sofortige Anstieg des Nettolohns führt im gleichen Quartal zu einer erhöhten Konsumnachfrage und somit zu einer – wenngleich nur minimal – höheren Produktion (Abbildung 1). Bereits im Folgequartal machen sich jedoch die gestiegenen Lohnkosten bemerkbar, wodurch die Arbeitsnachfrage der Unternehmen zurückgeht. Die Produktion sinkt (in der Spitze um 0,02 Prozent), und die Arbeitslosenquote steigt (+0,08 Prozentpunkte bzw. 35 000 Personen).

Die Gewerkschaften, die das langfristige Nettoeinkommen der privaten Haushalte maximieren, setzen unter den neuen Gegebenheiten einen niedrigeren Bruttolohn. Dies macht zwar den ursprünglichen Nettolohnanstieg teilweise rückgängig, führt jedoch zu einem niedrigeren Arbeitnehmerentgelt trotz eines höheren Arbeitgeberbeitrags, wodurch die Arbeitsnachfrage am Ende geringfügig höher ist als im Ausgangszustand. In der Folge sinkt die Arbeitslosenquote (-0,02 Prozentpunkte), und die Produktion steigt (+0,03 Prozentpunkte). Der niedrigere Bruttolohn rechnet sich aus Sicht der Arbeitnehmer, da der positive Einkommenseffekt durch die höhere Beschäftigung den negativen Einkommenseffekt durch den etwas niedrigeren Nettolohn überwiegt. Der Abgabenkeil ist aufgrund des gesunkenen Bruttolohns absolut gesunken, obwohl er prozentual durch die Maßnahme nicht verändert wurde. Aufgrund von Lohnanpassungskosten im Modell, die die in der Realität über Branchen gestaffelten und im Schnitt für zwei Jahre

Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, G. Potjagailo und M. Wolters (2018). Deutsche Wirtschaft: Luftloch im konjunkturellen Höhenflug. Kieler Konjunkturberichte 44 (2018|2). Institut für Weltwirtschaft, Kiel (Kasten 1: 13–15).

festgelegten Tarifverträge nachbilden sollen, dauert es eine gewisse Zeit, bis der Bruttolohn das von den Gewerkschaften angestrebte neue Niveau erreicht. Nach ungefähr drei Jahren hat sich die gesamtwirtschaftliche Anpassung größtenteils vollzogen.

Abbildung1:
Kurz- bis mittelfristige Auswirkungen der Rückkehr zur Parität in der GKV



Impuls-Antworten nach einer permanenten Reduktion des Arbeitnehmerbeitrags um 0,5 Prozentpunkte bei gleichzeitiger permanenter Anhebung des Arbeitgeberbeitrags um 0,5 Prozentpunkte. Bruttolohn, Nettolohn und Arbeitnehmerentgelt: je Arbeitnehmer, preisbereinigt. Bruttowertschöpfung im Privatsektor: preisbereinigt.

Quelle: Eigene Simulation mithilfe des GEAR-Modells der Deutschen Bundesbank (Gadatsch et al. 2016).

Quantitativ sind die Effekte auf Produktion und Arbeitslosigkeit sehr gering. Lediglich bei der Lohnentwicklung ergeben sich etwas größere Effekte: Der Bruttolohn je Arbeitnehmer wird in den ersten beiden Jahren (dies entspricht den Jahren 2019 und 2020) um je 0,2 Prozentpunkte gedämpft. Theoretisch wären Erwartungseffekte auch schon vor Inkrafttreten des Gesetzes denkbar. Allerdings stehen im laufenden Jahr nur noch in wenigen Tarifbereichen Lohnabschlüsse aus, so dass der Anstieg des durchschnittlichen Bruttolohns je Arbeitnehmer kaum beeinflusst wird.

Dass die Rückkehr zur Parität in der GKV langfristig nicht neutral ist, was angesichts der bloßen Umschichtung von Arbeitnehmer- zu Arbeitgeberbeiträgen durchaus zu erwarten gewesen wäre, hängt unter anderem von der Art der Gegenfinanzierung der Maßnahme durch den Staat ab. Wie gezeigt führt die Rückkehr zur Parität langfristig zu einem Rückgang des Bruttolohns. Da die Beschäftigung prozentual weniger stark steigt, sinkt die Bruttolohnsumme und es kommt zu Mindereinnahmen beim Staat. Diese müssen früher oder später gegenfinanziert werden, um die Staatsverschuldung langfristig zu stabilisieren. Die Gegenfinanzierung in der hier vorgestellten Simulation erfolgte durch Anhebung einer Kopfsteuer (*lump-sum tax*). Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich, wenn die Gegenfinanzierung über eine Reduktion der staatlichen Transferausgaben durchgeführt wird (Tabelle 1). Langfristig negative Effekte werden hervorgerufen, wenn die Einnahmeausfälle durch Erhöhung der Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberbeiträge kompensiert werden.[a] Erfolgt die Gegenfinanzierung hingegen über eine Reduktion der staatlichen Konsumausgaben, kehren Produktion und Arbeitslosenquote langfristig wieder zu ihrem Ausgangsniveau zurück.

Zu beachten ist, dass im Modell keine Gewinnsteuern enthalten sind. In der Praxis dürfte der durch die Anhebung der Arbeitgeberbeiträge erzeugte Anstieg der Lohnkosten zunächst zu einer Gewinnkompression und damit zu einem Rückgang der Gewinnsteuern führen. Langfristig steigen die Gewinne und Gewinnsteuern allerdings wieder aufgrund der geringeren Lohnkosten. Zudem werden die verschiedenen

Zweige der Sozialversicherungen im Modell nicht getrennt modelliert. In der Praxis sind von den Einnahmeausfällen aufgrund der gedämpften Bruttolohnsumme nicht nur die gesetzliche Krankenversicherung, sondern auch die gesetzliche Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung betroffen. Der gesamte Gegenfinanzierungsbedarf bleibt hiervon indes unberührt.

Tabelle 1:
Langfristige Auswirkungen der Rückkehr zur Parität in der GKV

	Gegenfinanzierung über				
	Kopfsteuer	Transfers	Staatskonsum	Arbeitnehmer-beiträge	Arbeitgeber-beiträge
Bruttowertschöpfung (real) im Privatsektor	0,03	0,03	0,00	-0,01	-0,03
Bruttolohn (real)	-0,47	-0,47	-0,54	-0,45	-0,54
Nettolohn (real)	0,24	0,24	0,18	-0,11	-0,25
Arbeitnehmerentgelt (real)	-0,04	-0,04	-0,11	0,02	0,05
Arbeitslosenquote	-0,02	-0,02	-0,01	0,01	0,03

Abweichung gegenüber dem Status quo in Prozent/-punkten.

Quelle: Eigene Simulation mithilfe des GEAR-Modells der Deutschen Bundesbank (Gadatsch et al. 2016).

[a]Die Gegenfinanzierung nur über Arbeitnehmerbeiträge oder nur über Arbeitgeberbeiträge hebt allerdings die paritätische Finanzierung wieder auf.

Literatur

Gadatsch, N., K. Hauzenberger und N. Stähler (2016). Fiscal policy during the crisis: A look on Germany and the Euro area with GEAR. *Economic Modelling* 52: 997–1016.